

Stichsche Schmierenkommödie

Viva Helvetistan!

Die offizielle Schweiz hat es geschafft: Stichts Einsatz als Richard Löwenherz an der IWF- und Weltbankfront wurde belohnt. Selbst die allmächtigen USA wurden ausgetrickst auf dem Weg zum Schweizer Exekutivstich. Momente einer Opera buffa helvetischer Politik.

Roland Brunner*

Am 23. September wurden Daniel Kaeser und Jean-Daniel Gerber ins Direktorium von IWF und Weltbank gewählt. Vorausgegangen war dieser Wahl ein langes Gerangel hinter den Kulissen, bei dem der offiziellen Schweiz jedes Mittel auf dem Weg zum deklarierten Ziel recht war.

Lange Leidensgeschichte

Wir erinnern uns: Nach dem zweiten Weltkrieg war es für die Schweiz einfacher, ihre Eigeninteressen ausserhalb von IWF und Weltbank zu vertreten und ihr Abseitsstehen mit der Schweizer Neutralität zu legitimieren. Ab 1977 wurde dann unter Bauleitung des Juristen und Vizedirektors im Finanzdepartement, Daniel Kaeser, von einer Arbeitsgruppe Stein für Stein die Brücke errichtet, über die nun besagter Kaeser in Washington einzieht. Auf dem Weg dahin waren jedoch noch ein Referendum von linker Seite und eine Volksabstimmung zu überwinden und die Quoten auszuhandeln, die der Schweiz die Stimmkraft zum Exekutivstich gab.

* Roland Brunner war während der Referendumsfrist Sekretär des IWF-Referendumskomitees.

Eine Schlacht um Quotenprozente . . .

IWF und Weltbank funktionieren nach dem Motto «wer zahlt, befiehlt». Um Einzug ins Direktorium halten zu können, benötigte die Schweiz daher die entsprechende Stimmkraft. Während Otto Stich mit 2,1 Milliarden Sonderziehungsrechten (SZR) der Schweiz im Alleingang zu einem Sitz verhelfen wollte, wurde sie vom IWF mit 1,7 Milliarden nur auf Platz 14 der Weltrangliste eingestuft (zwischen Belgien und Brasilien). Damit musste die Schweiz sich auf die Suche nach Verbündeten machen.

Das Gerangel um die 22 Exekutivsitze war gross. Die besten Chancen bestanden bei den Neuzugängern aus Osteuropa, die noch keiner Ländergruppe angehörten. Während die Niederlande bereits die Ukraine und Georgien abschleppten und Belgien Weissrussland vereinnahmte, musste die Schweizer Delegation weiter reisen. In Zentralasien wurde man fündig. Mit deftigen Versprechungen, die Mitgliedsbeiträge zu übernehmen, gelang es, Kirgisien, Usbekistan, Aserbeidschan und Tadschikistan an Land zu ziehen und die vielgerühmte Gruppe Helvetistan zu bilden.

. . . ohne Prinzipien, aber . . .

Noch im Mai, vor der Abstimmung über das Referendum, schrieb Pierre Weill im Tagi: «Gewöhnlicherweise bilden sich Koalitionen mit Staaten, die identische oder zumindest ähnliche Standpunkte vertreten.» (TA 30.5.92) Als dann der Ländergruppe Italien noch Polen abspenstig gemacht werden konnte und selbst die Türkei zum Bruch mit Belgien und zu einem Anschluss an die Schweiz bereit schien, war die Chose gelaufen. Selbst Südafrika wäre den Helveten in

ihrer Gruppe aber noch zurecht gekommen, wenn nicht klar wäre, dass eine schwarze Mehrheit Südafrikas sich kaum von Eidgenossen vertreten lassen will.

. . . gegen die ganze Welt

Doch da begannen sich plötzlich die USA, die zuerst die helvetischen Träume unterstützten in der Hoffnung, dadurch den Iran um seinen Sitz zu bringen, gegen die Schweizer Grossmachtsträume zu sperren. Der Iran mischte Pakistan auf und sicherte so seinen Sitz. Plötzlich stand zu befürchten, dass der USA-Verbündete China beim Sesselkarrussell ohne Stuhl dastehen könnte. Man brachte die Türkei zum Gesinnungswandel, musste aber am Schluss doch Hand bieten zu einer Erweiterung des Direktoriums von 22 auf 24 Sitze, um den Auszug eines Viertels der Weltbevölkerung auf Kosten Helvetistans zu vermeiden und den Einzug Russlands nicht zu verhindern.

Selbst die NZZ sprach von «zerschlagenem Porzellan», das Elefant Stich im ach so fragilen IWF-Laden zerschlagen habe, und vermerkt, dass die Beteuerungen Stichts, einen Sitz der Schweiz nicht auf Kosten der Dritten oder Vierten Welt einzufordern, scheine «sehr doppelbödig gewesen zu sein» (5.9.92). Der Tages-Anzeiger titelte sogar: «Mit der Hellebarde ins IWF-Direktorium».

In knappen zwei Jahren steht die nächste Strukturreform an: Die USA drängen darauf, die Zahl der Exekutivsitze wieder auf 20 oder noch weniger zu verringern, um damit auch die Übervertretung Europas abzubauen. Zu welchen Allianzen wird die Schweiz wohl dann wieder Hand bieten, um ihren so heiss erkämpften und geliebten Stuhl zu verteidigen?

Dringliche Anfrage im Nationalrat

Auf eine dringliche Anfrage hin gab der Bundesrat am 24. August eine Stellungnahme ab. Wir zitieren daraus:

«1. (...) Die haushaltspolitischen Sanierungsmassnahmen führen nicht zu Vertragsbrüchen. Weil aber gewisse Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit auf unwiderruflichen Verpflichtungen beruhen (Kapitalbeitrag Weltbank, Beiträge an regionale Entwicklungsbanken und -fonds, IKRK-Beitrag), sind andere Bereiche überproportional betroffen. So müssen besonders bilaterale Programme redimensioniert werden. (...)

2. (...) Als neues Mitglied der Weltbank wird die Schweiz den ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Betrag im Rahmen des geltenden Finanzplanes nicht leisten können, ohne die bilateralen Programme zu beeinträchtigen. Im Rahmenkredit zur 700-Jahr-Feier sind 300 Mio. Franken zur Finanzierung von Umweltprogrammen von globaler Bedeutung in Entwicklungsländern beschlossen worden. Geplant waren jährliche Ausgaben von ca. 35 Millionen Franken für bilaterale Massnahmen. Im Budget 1992 und im Finanzplan '93 bis '95 mussten diese Beiträge auf 15 respektive je 22,5 Mio. Franken gekürzt werden.

3. Die Möglichkeiten, auf nicht vorhersehbare Ereignisse reagieren zu können, sind durch die Kürzungen eingeschränkt. Die von der Schweiz erwarteten Leistungen an die wichtigsten Partnerorganisationen (das internationale Komitee vom Roten Kreuz, das Flüchtlingshochkommissariat der UNO, das Welternährungsprogramm) können nur teilweise erbracht werden. Zahlreiche dringende Gesuche von internationalen oder schweizerischen Organisationen müssen zurückgewiesen werden. (...)

5. Verschiedene bilaterale Projekte, die der Bund an Hilfswerke in Regie überträgt, mussten gekürzt werden. Dies betrifft Programme in den Bereichen Gesundheit, Trinkwasser, Aufforstungen. Auswirkungen auf die Betriebsbudgets der Hilfswerke sind dabei unvermeidlich.

Weltoffene Sparschweiz . . .

Während noch im Abstimmungskampf gegen das Referendum immer wieder betont wurde, wie sozial, entwicklungspolitisch verträglich und lernfähig IWF und Weltbank seien, sprach die NZZ jetzt wieder Klartext: «Der IWF ist primär eine monetäre Institution, womit nicht, wie die caritativen Organisationen unermüdlich behaupten, die entwicklungspolitische, sondern primär die währungs- und geldpolitische Kompetenz gefragt ist.» (1.9.1992, S.33)

Am gleichen Tag, als die Schweiz die Gründung Helvetistans bekanntgab, veröffentlichte der Bundesrat seinen Sparbeschluss: 10 Millionen sollten bei der Entwicklungshilfe abgezwickelt werden. Während also Bundesrat Flotti in Rio der Welt noch versprach, die Schweiz werde nun endlich eine Aufholjagd starten und ihre Entwicklungshilfe von den bisherigen 0,34 Prozent des Bruttosozialproduktes auf die europäischen 0,5 Prozent oder gar auf die von der UNO geforderten 0,7 Prozent erhöhen, geschieht einmal mehr das Gegenteil. Mit 58 gegen 100 Stimmen passierte die Sparschweiz den Nationalrat und butterte alle Minderheitsanträge und die eigenen Versprechen unter den Tisch des Bundeshauses.

. . . mit SP-Rückendeckung

Bundesrat und IWF-Kämpfer Stich orakelte in der Nationalratsdebatte, er wolle keine abgegebenen Versprechen brechen, es gehe einzig darum, wie rasch al-

les eingelöst werden könne. In einem Tagi-Interview bezeichnete er den Einzug der Schweiz als «Anerkennung durch die Völkergemeinschaft» und relativierte die dazu abgegebenen Versprechen weiter: «Wir haben uns verpflichtet, die Grundsätze der schweizerischen Entwicklungspolitik zu berücksichtigen und einzubringen. Ob das immer gelingen wird, weiss ich jetzt natürlich noch nicht.» (TA, 26.9.92)

Was er wohl dafür tun wird, damit das gelingt? Bei der Auseinandersetzung um die Abschaffung der Stempelsteuer trat er immerhin dieses Geschenk an die Schweizer Banken am Fernsehen gegen seine eigene Partei. Aber wie sagte schon sein sozialdemokratischer Kumpan Aubert, damals Aussenminister Helvetiens: «Ich mache keine sozialdemokratische Aussenpolitik, sondern diejenige des Bundesrates.» Das dürfte aber eine Partei kaum stören, die alle Forderungen, die sie einst für einen Beitritt der Schweiz definierte, unter den Schnellzug der Euphorie warf und mit ihrer kritiklosen Ja-Parole diese Weltoffenheit ihres Bundesrates mitträgt.

Schweizer Gegenöffentlichkeit

Alle während der Referendumsfrist und der Abstimmungskampagne eingebrachten Befürchtungen werden von der bundesrätlichen Politik im Eiltempo überholt. Während die offizielle Schweiz mit ihrem Beitritt zu IWF und Weltbank die staatlich verordnete Öffnung hin zur

Swisswatch-Forum

Das erste Treffen des neuen Swisswatch-Forums findet am **Donnerstag, 5. November 1992, in Bern, Rest. Bürgerhaus, Neuengasse 20**, statt. Es beginnt um 18.30 Uhr mit einer ersten Bilanz der Rolle der Schweiz in IWF und Weltbank, zu der Bruno Gurtner (AG Hilfswerke), Monique Dubois (Schweiz. Nationalbank) und J.-F. Giovannini (DEH) eingeladen sind.

In einem zweiten (internen) Teil sollen Ziele und Inhalte des Swisswatch-Forums diskutiert werden und Informationen aus den angeschlossenen Organisationen ausgetauscht werden.

Welt vertritt, stellt sich die Frage nach der Weltoffenheit der anderen Schweiz. Um die durch das Referendum und die Abstimmung über den Beitritt erreichte Öffentlichkeit weiterzuführen, haben die TrägerInnen des IWF-Referendums die Gründung eines Swisswatch-Forums beschlossen. Bisherige TrägerInnen sind das Schweizerische ArbeiterInnenhilfswerk SAH, die Basler Mission, die Erklärung von Bern/deutsche Schweiz und der Christliche Friedensdienst cfd. Ein erstes Treffen findet am 5. November statt, wo eine erste Bilanz des Schweizer Verhaltens gezogen werden soll (vgl. Kasten).

Die Erklärung von Bern/deutsche Schweiz veröffentlicht zudem zusammen mit Greenpeace Schweiz einen vierteljährlichen Newsletter «inside out» über Grundfragen der IWF/Weltbank-Politik, über konkrete Projekte und Programme sowie über die Haltung der Schweiz. Zugleich verstärkt sie ihre Lobbyarbeit in Washington. Selbst die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke (Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas), während des Abstimmungskampfes oft auf Seiten Stichts, beschlossen eine 50%-Stelle für die Lobbyarbeit zu errichten und traten mit einem halbseitigen Inserat gar an die Öffentlichkeit, um gegen die Sparbeschlüsse des Bundesrates im Entwicklungsbereich zu protestieren. Sie bezeichnen darin den Antrag des Bundesrates, im Rahmen der Sanierungsmassnahmen 1993-1995 über 100 Millionen pro Jahr bei der Entwicklungszusammenarbeit einzusparen, als «fatalen Fehler» und fordern die Schweiz auf, die im Rahmen der 700-Jahr-Feier gemachten Versprechungen einzuhalten.

Kontaktadressen: Swisswatch Forum, c/o cfd, Matthias Hui, Postfach, 3001 Bern.
Inside out, c/o EvB, Postfach, 8031 Zürich.